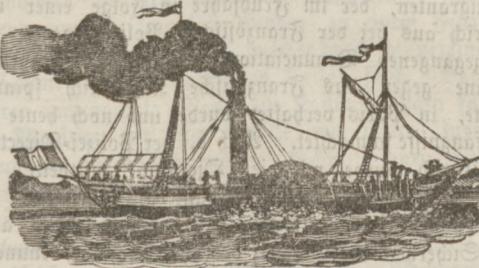


Danziger Dampfboot

Nº 155.

Donnerstag, den 6. Juli.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Pfortehausengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1865.

36ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spalte 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:

In Berlin: Rettemeyer's Centr. Ztg. u. Annone-Büreau.

In Leipzig: Illgen & Fort. H. Engler's Annone-Büreau.

In Breslau: Louis Stangen's Annone-Büreau.

In Hamburg, Frankf. a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler.

Staats-Lotterie.

Berlin, 5. Juli. Bei der heute angefangenenziehung der 1. Klasse 132ster Königlicher Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 5000 Thlr. auf Nr. 25,273. 2 Gewinne zu 500 Thlr. fielen auf Nr. 31,483 u. 77,562, und 2 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 56,018 u. 68,971.

Telegraphische Depeschen.

Rendsburg, Mittwoch 5. Juli. Wie die „Rendsburger Zeitung“ meldet, hat das hiesige Deputirten-Collegium mit 7 gegen 5 Stimmen den Antrag, an den Herzog von Augustenburg zu seiner Geburtstagsfeier Deputirte zu senden, abgelehnt. Auf Veranlassung dieses Beschlusses ist eine Bürger-Versammlung berufen worden.

München, Mittwoch 5. Juli. Die Kammer der Reichsräthe ist auch dem neuesten auf Aufrechterhaltung der uneingeschränkten Amnestie gerichteten Beschlüsse der Abgeordnetenkammer einstimmig beigetreten; es ist somit über das ganze Gesetz ein Gesamtbeschluß der beiden Kammern erzielt worden. Morgen findet die letzte Kammer-Sitzung statt.

Wien, Mittwoch 5. Juli. Die heutige „Wiener Abendpost“ ist in den Stand gesetzt zu versichern, daß die Gerüchte von einer beabsichtigten Modification der Bankakte durchaus unbegründet sind. — Beziiglich der Behauptungen mehrerer Blätter, nach welchen Süßner mit Bach in Rom dahin gewirkt hätten, eine Verständigung mit dem Florentiner Kabinett zu verhindern, schreibt dasselbe Blatt: Österreich achtet die Prärogative des heiligen Stuhles und dessen Selbstentscheidung in allen die Kirche berührenden Fragen zu hoch, als daß die österreichische Diplomatie es hätte unternehmen sollen, auf die Entschließungen des Papstes in dieser Angelegenheit irgend einen Einfluß zu üben.

In der heutigen Sitzung des Herrenhauses machte der Präsident die Mitteilung, daß wegen unvorhergesehener Ereignisse die Finanzkommission sich veranlaßt sehe, das Kriegs- und Marinebudget einer Revision zu unterziehen, um alsdann neue Anträge einzubringen. Das Kriegsbudget wurde daher von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Brüssel, Mittwoch 5. Juli. Der Senat nahm heute das Fremdengesetz mit 35 gegen 2 Stimmen nach kurzer Debatte an.

Paris, Mittwoch 5. Juli. Wie die „Patrie“ erfährt, hätten Frankreich und England im Interesse des Friedens und der Versöhnlichkeit sich über die Hauptpunkte verständigt, welche aus der gegenwärtigen Situation Amerikas resultieren können. Das Blatt versichert, daß der spanische Minister des Auswärtigen dem Kardinal Antonelli eine Depesche zugesandt habe, worin er die Gründe auseinandersetzt, warum Spanien die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Italien wünschenswert erscheine.

Brest, Mittwoch 5. Juli. Das Paquetboot „Lafayette“, von New-York kommend, hat auf offener See 44 Schiffbrüchige von dem amerikanischen Schiffe „William Nelson“ aufgenommen. Letzteres, das 480 Personen an Bord hatte, ist durch eine Feuersbrunst zerstört worden. Der „Lafayette“ kreuzte 24 Stunden lang in der Nähe des verunglückten Schiffes, um sämtliche Überlebende aufzunehmen zu können.

London, Dienstag 4. Juli.

[Unterhaus.] In der heutigen Sitzung kündigte Lord Palmerston an, daß der Lordkanzler, dem Spruch des Unterhauses gehorchnach, der Königin seine Resignation übersandt habe und nächsten Freitag Ihrer Majestät das Reichssiegel zurückgeben werde.

Konstantinopel, Mittwoch 5. Juli.

Eine Rote von 60 Serbiern hat mehrere Albanezen aus dem Grenzdorf Nezak überfallen und getötet.

Berlin, 5. Juli.

— Die Veröffentlichung im „Staatsanzeiger“ des Berichtes, welchen Herr v. Bismarck über seine Unterredung mit dem Herzog Friedrich vom 1. Juni 1864 an den König gerichtet hatte, hat weniger durch den im Allgemeinen schon bekannten Inhalt als durch die Thatache der Publication selbst Aufsehen gemacht. Die letztere konnte nicht ohne Ermächtigung des Königs statfinden, woraus man in der politischen Welt auf die an hoher Stelle herrschende Stimmung un schwer zu errathende Schlüsse gezogen hat. Was die Anerbietungen des Herzogs angeht, so lassen sie ohne Zweifel vom preußischen Gesichtspunkte Vieles zu wünschen übrig. Der Brief des Herzogs an Herrn v. Ahlefeldt vom 31. März d. J. geht allerdings in einigen Punkten weiter und scheint namentlich auf militärischem Gebiet etwas mehr zu bieten. Die Ereignisse hatten augenscheinlich seit Jahresfrist ihre Rückwirkung ausgelöst.

— Es wird offiziell bestätigt, daß der Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und der Schweiz, welchen Bayern, Württemberg und Baden im Auftrage der Zollvereinsregierungen verhandelt haben, von der preußischen Regierung als nicht annehmbar erklärt worden sei. — Ob die Vermuthung, daß durch diese Zurückweisung auf die beiden erstgenannten Regierungen ein Druck bezüglich des Handelsvertrages mit Italien geübt werden soll, bleibe dahingestellt; es ist aber bemerkenswerth, daß diese Ansicht vielfach Glauben findet. — Wie aus den Provinzblättern zu ersehen, wird Herr v. Bismarck in nächster Zeit zahlreiche Adressen erhalten. In einer Adresse, welche ihm vor dem Schlus des Landtags aus Ostpreußen zuging, ist bezüglich des Abgeordnetenhauses eine Stelle enthalten, welche sich fast wörtlich in der Schlafrede des Ministerpräsidenten wiederfindet. —

— Es hat sich nun herausgestellt, daß der flüchtig gewordene Rendant Blankenhagen außer den von der Post geholten 15,000 Thlr. auch noch 20,000 Thlr. nicht abgeführt Einnahmiegelde untergeschlagen hat. Bis jetzt hat man immer noch keine Spur von ihm.

— Heute begehen die hier lebenden Amerikaner den 90. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung der nordamerikanischen Freistaaten durch ein Festdiner.

— Während des am Freitag über Berlin sich entladenden heftigen Gewitters traf ein Blitz unter furchtterlichem Donnerschlage den den städtischen Gasometer vor dem Wasserthore umgebenden Blitzableiter und wurde von diesem in das Wasser des angrenzenden Kanals abgeleitet, so daß das letztere unter furchtbarem Gejisch thurmhoch in die Höhe geschleudert wurde.

— Der Chef des Bankhauses Solomon Heine in Hamburg, Herr Karl Heine ist vorgestern Abend seinen Leiden erlegen.

Falkenburg, 3. Juni. Am 1. d. M. feierte der königl. preuß. General-Lieutenant und Divisions-Commandant Herr v. Griesheim aus Königswberg i. Pr. im Kreise seiner Familie und nächsten

Verwandten auf dem Schlosse hier sein 50-jähriges Dienstjubiläum. Am Morgen dieses Tages wurde dem Jubilar auf Veranlassung seines Schwagers, des Schlossbesitzers Herrn Rittmeister von Mellenthin, von der hiesigen Capelle eine Morgenmusik gebracht und ihm zu Ehren drei Kanonenenschüsse aus einer bei Doppel erbeuteten Kanone gelöst, welche Eigentum des Herrn v. Mellenthin ist. Darauf nahm er den vom Könige ihm verliehenen Rothen Adlerorden I. Klasse mit Eichenlaub in Empfang, welchen ihm sein Adjutant, der Herr Major Meydam, nebst einem Ehrendegen von dem Officiercorps seiner Division überbrachte. (Oder-Ztg.)

Kiel, 3. Juli. Die Abreise des Herzogs von Nienstedten wird erst heute Abend stattfinden. Das Collegium der Stadtverordneten Kiels hat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, eine Deputation zur Beglückwünschung des Herzogs zu seinem Geburtstage nach Nienstädt zu schicken. — Ähnliches von Seiten des Magistrats dürfte, in Hinblick auf den derzeit allen Beamten aufgelegten Revers, nicht zu erwarten sein. — Gestern gegen Abend traf das Königl. preußische Segelschiff „Rover“ hier ein und wechselte nach der Ankunft Salutschüsse mit dem Wachtschiff „Arcona“.

London. Die „Fluth von Adressen an die Wähler“, welche sich zur Zeit wie aus unerschöpflicher Urne über das Land hin ergießt, ist eine so gewaltige, daß ihre Wellen alle geringeren Parteischattirungen zu verwischen scheinen und der Blick nur von den am grellsten gegeneinander abstechenden Farben angezogen wird. Wie das vor kurzem erwähnte Manifest Disraelis, so ragt jetzt dessen Gegensatz, die Wahlansprache Brights über die sonst so einönig grau erscheinende Fläche hervor. Daß die Extreme sich berühren, wird durch diese beiden Adressen schlagend bewahrheitet, und der gemeinschaftliche Punkt liegt auf der Hand: die Opposition gegen die Regierung Lord Palmerstons. — Der große Redner, Freihändler, Reformer, Freund der nordamerikanischen Republik, Feind kriegerischer Politik, wendet sich an die Wähler von Birmingham mit folgenden Worten:

In wenigen Tagen wird das Parlament aufgelöst sein und Sie werden die Aufforderung erhalten Vertreter für das künftige Haus der Gemeinen zu wählen. Ich fürchte die Laufbahn des Hauses, welches nun im Begriff ist auseinanderzugehen, hat euch viele Enttäuschungen gebracht.

Die Wahl von 1859 war hervorgerufen durch die Frage betreffs Ausdehnung des Stimmrechts; und es war ihr die Absicht unterlegt worden jene Frage zu einem Fortschritte, wenn nicht zur völligen Ordnung zu bringen. Das Haus, welches das Ergebnis jener Wahl war, ist seinem Gelübde treu geworden und hat seine erste Pflicht vernachlässigt. Die Administration, welche sich im Jahre 1859 unter dem Vorwande ihrer Hingabe an die Frage der parlamentarischen Reform ans Ruderdrängte, hat ihre feierlichen Gelöbnisse verletzt.

Ihre Häupter haben die Sache, welche sie zu vertheidigen unternommen hatten, absichtlich verrathen, und ihre weniger berorragenden Mitglieder haben den Verrat mit ziemlich Stillschweigen gutgeheißen. Das Ministerium hat sechs Jahre lang ein Amt bekleidet, das es ohne jene Verprechungen, die es seitdem gebrochen hat, auch nicht einen Tag hätte einnehmen können. Kein Parlament, wäre es auf rechtem und billigem Wege von der Nation erwählt, würde seine Wähler so behandelt haben, keine Regierung, die ihre zur Schau getragenen Prinzipien so verrathen, der sofortigen Strafe entzogen sein, welche ein das Volk aufrichtig vertretendes Parlament über sie verhängt hätte. Wenn ich mich in irgend einer Weise für das Verfahren des Parlaments und der Regierung in dieser Reformfrage verantwortlich wähle, so könnte ich euch nicht ohne Beschämung im Antlitz von meinem Verwalteramt Rechnung ablegen; ich könnte nicht hoffen, daß ihr mich wieder als einen eurer Vertreter erwählen

würdet. Von der Schuld, euch verrathen zu haben, fühle ich mich frei. Ich habe meine Stimme gegen den Verrath erhoben und bin ihm mit allen meinen Kräften entgegengetreten. Das Parlament geht seinem Ende entgegen, das Ministerium wird bald Veränderungen erfahren oder es wird weiter wanken, bis zu seinem Sturze hin; aber die Reformfrage lebt noch, und in diesem Zeitpunkte nimmt sie vor den Blicken ihrer Widersacher eine schärfer begrenzte Gestalt an, als es zu irgend einer Zeit seit dem Geseze von 1832 der Fall gewesen. Ich hege die Zuversicht, daß das Ergebnis der bevorstehenden allgemeinen Wahl beweisen wird, daß die auf der wahren Vertretung der Nation gegründete Sache der Freiheit, trotz des Verrathes amtsbeleidender Staatsmänner und trotz der Gleichgültigkeit des ablaufenden Parlaments, mit unwiderstehlicher Kraft ihrem schließlich Triumph entgegenstreitet. Wenn die Wähler Birminghams, die sich durch frühere Dienste in dieser Sache so ausgezeichnet haben, mich würdig erachten, daß ich für sie und für diese Sache in dem zukünftigen Parlamente auftrete, so werde ich die mir anvertraute Pflicht mit Dank für das bewiesene Vertrauen und mit dem ersten Wunsche, würdig zu handeln in ihrem Auftrage und in ihrem Namen, auf mich nehmen. Mit vielem Danke für eure bisherige Güte gegen mich, verbleibe ich euer treu ergebener London, 29. Juni 1865. John Bright.

New-York, 17. Juni. Aus Washington wird berichtet, daß der Präsident mit Vardongesuchen aus allen südlichen Staaten bestürmt werde (von solchen, welche von der Amnestie ausgeschlossen sind.) Wie aufrichtig diese gemeint sind, wird erst die Folge lehren und namentlich die Art, in welcher sich die Begnadigten an den nächsten Wahlen beteiligen. Die Stimmen, welche den Negern die sofortige Mitwirkung dabei eingeräumt wissen wollen, mehren sich von Tag zu Tag, weil ohne dies die Aussichten auf das Zustandekommen aufrichtig lohner gesetzgebender Körper sehr schwach sind; die Regierung kann sich aber nicht dazu entschließen, die Initiative in der Sache zu ergreifen. Es herrscht darüber unter einem großen und unzweifelhaft patriotischen Theile des Volkes einige Verstimmtheit. Ebenso über die Verschleppung des Prozesses von Davis und Andern. Warum die Regierung den Prozeß nicht beginnen läßt, ist uns unklar. Denn daß sie das Ende des Washingtoner Mordprozesses dazu abwarten müßt, wie angegeben wird, sehen wir nicht ein, falls sie nicht Davis neben Payne-Powell auf die Anklagebank setzen will, wozu es nicht den Anschein hat. In jenem Prozeß ist dieser Tage zum Vorschein gekommen, daß die Explosion im vorigen Sommer, wodurch in City Point viele Hundert Menschen jämmerlich um's Leben kamen, ein Theil des Davis'schen Kriegsführungssystems war. Erst vorgestern ist man zum Schluß der Zeugenvornehmung gelangt; heute beginnt das Plaidoyer der Vertheidiger. Dies wird eine Woche in Anspruch nehmen. Dann kommt das Resümé der Staatsanwaltschaft. Unter den günstigsten Umständen kann daher bis Anfang der übernächsten Woche das Erkenntniß gefällt werden und bis zu dessen Revision und Promulgation durch den Präsidenten muß es Juli werden. Und dies war ein militairgerichtliches Verfahren; wie wird es erst mit dem ordentlichen Geschworenengericht gehen, vor welches Davis und Consorten gestellt werden müssen?

Nachrichten aus Posen und Polen.

Die gegenseitige Erbitterung der aristokratischen und demokratischen Partei der Polnischen Emigration war nie so heftig und leidenschaftlich wie jetzt nach dem letzten Aufstande. In Folge der ehrenhürtigen Beschuldigungen und der persönlichen Beschimpfungen und Drohungen, welche die Führer beider Parteien in ihren Presorganen fast ein ganzes Jahr hindurch unaufhörlich gegeneinander geschleudert haben, hat diese Erbitterung durchweg einen persönlichen Charakter angenommen, so daß Aristokraten und Demokraten im geselligen, wie im geschäftlichen und selbst im kirchlichen Leben streng geschieden sind. Aristokraten und Demokraten haben ihre besonderen Vergnügungs-locale und Spaziergänge, ihre besonderen Plätze in ein und derselben Kirche, ihre besonderen Vereine, Unterstützungs-Kassen und Versorgungs-Comites, deren Fonds durch Beiträge von ihren Parteigenossen im Lande verstärkt werden, und haben besondere Adressen an den Präsidenten der Vereinigten Staaten Nordamerikas und an den Fürsten von Serbien gerichtet. Selbst das Central-Comitee zur Unterbringung Arbeit suchender Emigranten in Zürich, dessen Präsident ein angesehener Schweizer ist, und das deshalb noch immer einen gewissen neutralen Charakter bewahrte, ist jetzt, nachdem der Exdictator Langiewicz als Mitglied in dasselbe eingetreten ist, für die dortige demokratische Partei ein Gegenstand der Abneigung geworden, so daß die Mitglieder dieser Partei aufgehört haben, selbst in der größten Noth, die Hülfe desselben in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig ist der Präsident Herr Walder, dringend ersucht worden,

den der demokratischen Partei verhafteten Exdictator aus dem Comitee zu entfernen. Die bitterste Frucht des tödlichen Hasses beider Parteien, über welche in Polnischen Blättern am meisten geplagt wird, ist die gegenseitige geheime Denunciation. Dieser die Emigration verheerenden „Pest“ wie die „Oscyzna“ die Denunciationsfahrt beider Parteien nennt, sind bereits zahlreiche Emigranten als Opfer gefallen. Ich erinnere nur an die beiden Geistlichen Miszorzewski und Kotkowski, welche von ihren politischen und kirchlichen Gegnern der Französischen Polizei als gefährliche Revolutionaire denunciirt und in Folge dessen aus Frankreich verwiesen wurden; ferner an einen jungen Emigranten, der im Frühjahr in Folge einer von Zürich aus bei der Französischen Polizei gegen ihn eingegangenen Denunciation, wonach er gefährliche Pläne gegen das Französische Kaiserreich spinnen sollte, in Paris verhaftet wurde und noch heute im Gefängnisse schmachtet. Auch b. i. der Polizei-Direction in Zürich wurde, wie die „Oscyzna“ mittheilt, ein dort sich aufhaltender Emigrant als Mitglied der Europäischen revolutionären Propaganda, der auch die Sicherheit der Schweiz bedrohte, anonym denuncierte und zur Untersuchung gezogen. Zum Glück gelang es dem Beschuldigten, sich von dem ihm gemachten Vorwurf zu reinigen und weiteren Unannehmlichkeiten zu entgehen. Die meisten und folgenschwersten Denunciations von Emigranten gegen Emigranten werden, wie die Blätter der Emigration bitter klagen, an die Russische Polizei gerichtet, die auf diesem Wege alle Geheimnisse der Emigration erfährt. (Ostsee-Ztg.)

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 6. Juli.

† Wie man erwartet hatte, erschienen in der vorgestrigen Versammlung des liberalen Vereins des Danziger Wahlkreises die Herren Abgeordneten Rechts-Anwalt Roeppel und Rittergutsbesitzer Plehn aus Morroczyn. Da der Vorsitzende des Vereins, Herr Biber, nicht zur Stelle war, eröffnete Herr Rickert die Versammlung und führte den Vorsitz. In Angelegenheit der Auflösung der vorigen Versammlung durch den Herrn Polizei-Commissarius Göriz theilte derselbe mit, daß der Vorstand des Vereins, indem er die Auflösung für ungesehlich halte, bei dem hiesigen Polizei-Präsidium Beschwerde geführt und Protest erhoben habe und daß er entschlossen sei, gegen den Herrn Polizei-Commissarius Göriz wegen Erstattung der Kosten an Saalmiete, Inspektion Gebühren u. s. w., welche der Verein durch die Auflösung unzulässig getragen, eine Civilklage anstrengen werde. Nachdem die an das hiesige Polizei-Präsidium gerichtete Beschwerdeeingabe verlesen worden, fordert Herr Nathke die Versammlung auf, sich mit dem Verfahren des Vorstandes einverstanden zu erklären. Dies geschieht. — Hierauf liest Herr Rickert mehrere Paragraphen aus dem das Versammlungs-Recht betreffenden Gesetz vom 11. März 1850 vor und knüpft daran die Bitte, daß Jeder in der Versammlung sich an die bestehenden Vorschriften halten möge. Ferner theilt er mit, daß die Abgeordneten Herr Rechts-Anwalt Roeppel und Herr Rittergutsbesitzer Plehn aus Morroczyn anwesend seien, um ihren Wählern Bericht über ihre Tätigkeit während der letzten Sitzungs-Periode des Abgeordnetenhauses zu erstatten. Herr Kalau v. d. Hofe befindet sich noch in Berlin und sei wegen der weiten Entfernung nicht zur Versammlung eingeladen worden. Derselbe werde jedoch noch im Laufe des Sommers Danzig besuchen und sich seinen Wählern vorstellen. Nach dieser Mittheilung betritt Herr Rechts-Anwalt Roeppel den Nednerplatz und wird von der Versammlung mit Enthusiasmus empfangen. Er freue sich, sagte er, die Versammlung wieder begrüßen zu können. Auf seine Berichterstattung eingehend, erinnert er an die Rede, mit welcher der Herr Minister-Präsident v. Bismarck den Landtag geschlossen. In derselben sei dem Herrenhause ein Lob und dem Abgeordnetenhaus ein Tadel ausgesprochen. Von diesem Tadel seien auch die Abgeordneten des Danziger Wahlkreises betroffen worden; denn sie hätten der großen Partei angehört, welcher derselbe gegolten. Es stände jedoch dem Herrn Minister-Präsidenten nicht das Recht zu, sich zum Richter über die Abgeordneten aufzuwerfen. Dieses Recht gehöre dem Volke, welches seine Abgeordneten gewählt. Er, Redner, erscheine vor seinen Wählern, um aus ihrem Munde zu erfahren, ob das Verhalten der Abgeordneten im Sinne der Wähler gewesen. Man möge sich hierüber klar und ohne jede Rücksicht äußern. Ein ministerielles Preszorgan habe die Behauptung ausgesprochen, das Abgeordnetenhaus gefährde die Wohlthat des Landes. Dieser Behauptung widersprächen die Erfolge der Thätigkeit

des Hauses, welche dem Volke bekannt seien. Der Herr Redner entwirft hierauf ein klares Bild von dem, was das Abgeordnetenhaus in seiner Majorität erstrebt und führt die Gründe für die von demselben gefassten Beschlüsse an. Sein Vortrag, der jedem eine klare Einsicht in den Gang der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses in der letzten Sitzungsperiode verschafft und besonders denen erwünscht sein muß, welche nicht die Kammerberichte gelesen, wird mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt. Zum Schluss spricht der Herr Redner die Hoffnung aus, daß das Volk ferner treu zu seinen Abgeordneten stehen werde. Die schweren Tage würden freilich nicht ausbleiben. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß die Regierung einzelne Abgeordnete wegen ihres Aufstretens gegen sie zur Verantwortung ziehen würde. Dann würde das Volk Opfer zu bringen haben, und dazu würde man auch in Danzig bereit sein. — Herr Rittergutsbesitzer Plehn, der nach Herrn Rechts-Anwalt Roeppel den Nednerplatz bestiegt, wird gleichfalls mit Enthusiasmus von der Versammlung begrüßt, wie denn auch dieselbe seinem Vortrage mit großer Aufmerksamkeit folgt und ihm lebhafte Beifall zollt. Nach Beendigung desselben beantragt Herr Nathke, die Versammlung möge den Herren Abgeordneten ihren Dank aussprechen. Herr Rickert entgegnet, daß dieser Antrag in seiner Absicht gelegen, und er schlägt deshalb vor, die Versammlung wolle folgende Resolution annehmen: „Die Versammlung spricht den Abgeordneten des Wahlkreises Dank aus für die opferfreudige und manhaftige Haltung, welche sie in der letzten Session wieder bewährt haben und erklärt sich einverstanden mit den das Recht des Landes wahren Beschlüssen der Majorität des Abgeordnetenhauses.“ — Diese Resolution wird einstimmig angenommen. Hierauf kommt wieder die Duell-Angelegenheit des Herrn Ministerpräsidenten v. Bismarck und des Herrn Abgeordneten Professor Birchow zur Sprache. Herr Biber, der inzwischen in der Versammlung erschienen ist, spricht sowohl gegen die Annahme einer Resolution, wie gegen eine Adresse an Se. Majestät. Denn jene sei verspätet und die Adresse würde, wovon Federmann überzeugt sein müsse, erfolglos sein. In politischen Dingen vor Allem müsse man nicht in's Blaue schielen; es empfiehlt sich deshalb, über die in der vorigen Versammlung gestellten beiden Anträge zur Tagesordnung überzugehen. — Herr Maurermeister Leupold, der das Wort ergreift, spricht gegen den Übergang zur Tagesordnung und für den von ihm gestellten Antrag, die in Rede stehende Angelegenheit betreffende Adresse an Se. Majestät den König abzufinden. Daß sie ohne Erfolg sein würde, habe Niemand ein Recht anzunehmen. Man müsse hingegen bei der strengen Gerechtigkeitsliebe des Königs einen günstigen Erfolg erwarten. Ja, man sei verpflichtet, Sr. Majestät fundzugeben, wie das Volk sein ganzes Vertrauen darauf setze, daß vom Throne herab der strenge Aufrechthaltung der Gesetze der sicherste Schutz zu Theil würde. Eine Kundgebung, an die Krone von Seiten des Volks, wie sie die Adresse bezieht, sei um so dringender, als von feudaler Seite das Duell als ein für den Adel reservirtes Recht in Anspruch genommen würde, um es gleich dem mittelalterlichen Faustrecht zu gebrauchen und mit ihm bestehende Gesetze zu verdrängen, und ein Verein von Geistlichen die christliche Milde, Demuth und Bescheidenheit soweit vergessen habe, daß er sich als Richter über die Vertreter des Volkes zwischen König und Volk zu stellen gewagt. Ehe es zur Abstimmung kam, verlangte eine Stimme zu erfahren, was denn „Übergang zur Tagesordnung“ heiße. Herr Rickert entgegnete, daß der Übergang zur Tagesordnung so viel bedeute, als Ablehnung des Antrags. Hierauf wurde über den Leupold'schen Antrag abgestimmt und das Resultat derselben als eine Ablehnung desselben festgestellt, worauf der Herr Vorsitzende an den Herrn Antragsteller die Frage richtet, ob er mit der Abstimmung zufrieden sei. Der Herr Antragsteller erklärt, daß er sich stets der Majorität unterwerfe. Hierauf wird zur Abstimmung über die vorgeschlagene Resolution, dahin lautend, daß der liberale Verein des Wahlkreises Danzig mit der Haltung des Abgeordneten Professor Birchow nicht nur einverstanden sei, sondern auch derselben seine volle Anerkennung und die lebhafte Sympathie'n bringe, abgestimmt. Es erfolgt die Annahme der Resolution. Festgestellt wird jedoch nicht, ob die Resolution dem Herrn Birchow übersandt, oder ob sie nur zu den Acten des Vereins gelegt werden soll. (Zu vermuten ist wohl, daß Herrn Birchow von der erfolgten Annahme der Resolution, die ja auch in derselben Form aus Berlin und Köln an ihn gelangt ist, Mitteilung gemacht wird). — Nachdem die Tagesord-

nung erledigt worden, theilt der Vorsitzende Herr Ritter mit, daß auf Wunsch von Mitgliedern der Versammlung auch noch ein Communalinteressen betreffender Gegenstand zur Sprache kommen werde, worauf Herr Ph. Merten das Wort erhält. Dieser forderte die Versammlung auf, öfter, als bisher geschehen, zusammen zu kommen und auch Communalinteressen in den Kreis ihrer Besprechung zu ziehen, weil in der Periode des allgemeinen Fortschritts solche dem Bürger oft nahe treten und das politische Leben mit dem communalen eng verflochten sei. Nunmehr ergreift Herr Maurermeister Leupold wieder das Wort und sagt, auch er halte es den liberalen Prinzipien für angemessen, daß liberale Männer eben so in Communalangelegenheiten, wie im staatlichen Leben eine energische Thätigkeit für Recht und Gesetze entwickeln; er vervollständige daher den Antrag des Herrn Merten dahin, daß eine besondere Gemeinde-wähler-Versammlung, die in regelmäßigen Zeiträumen zusammen zu kommen sich verpflichte, in's Leben gerufen werde und daß man zu diesem Zwecke sofort ein Comité niedersetze, welche sich mit einem Entwurf zu solcher Versammlung zu beschäftigen habe. Zur Motivirung der Nothwendigkeit des Antrags, sagt Herr Leupold, halte er es für nöthig, darauf hinzuweisen, daß auch hier im engeren Communalleben während der Abwesenheit des verehrten Herrn Stadt-Verordneten-Vorsteigers und Abgeordneten Roepell trotz der liberalen Majorität der Stadt-Verordneten-Versammlung nicht immer dem Gesetz und Recht Genüge geschenken und die finanziellen Interessen der Stadt nicht rationell gehandhabt worden seien.

(Schluß folgt.)

[Stadtverordneten-Sitzung vom 4. Juli.]

Vorsitzender: Herr Rechtsanwalt Roepell; Magistrats-Commissarius: Herr Stadt-Kämmerer Strauß. Anwesend: 46 Mitglieder. Vor Beginn der Tagesordnung bringt Dr. Damme einen dahin gehenden Antrag ein, im Protokoll der vorigen Sitzung die Fassung des Beschlusses 5 durch den Zusatz: "Herr Bürgermeister Dr. Einst sprach den ausgechiedenen Stadt-Räthen, insbesondere Herrn Georg Mix, den das Magistrats-Collegium ungern scheiden sieht, für die mühevolle und treue Amtsverwaltung den Dank der Community aus", ergänzen zu wollen. Es wird der Antrag und mit ihm das Protokoll der vorigen Sitzung angenommen.

Zu Mitredactoren des neuen Protokolls werden die Herren, Rosenstein, Schirmacher und Schottler ernannt. Die von den Herren J. C. Krüger und Dr. Liévin eingebrochenen Anträge, betreffend die Aufnahme Verunglückter in das Lazareth, werden in Übereinstimmung mit den Herren Antragstellern für die nächste Sitzung zurückgelegt, da Herr Bürgermeister Dr. Einst, der sie zu beantworten wünscht, wegen Unwissens verhindert ist, an der Sitzung Theil zu nehmen. Es wird hierauf in die Tagesordnung eingetreten. Der Herr Vorsitzende theilt mit, daß ein Dankesbrief von Herrn Oberlehrer Dr. Laubert und auch von dem Herrn Calculator Schönbeck ein solches eingegangen ist. — Ferner theilt er mit, daß das Protocoll über die am 17. d. M. stattgehabte monatliche Revision des städtischen Lehramts eingegangen. Dem Protocoll zufolge befinden sich in demselben 25,184 Pfänder, auf welche 75,670 Thlr. ausgeliehen sind. — Bezuglich der Ausarbeitung einer Statistik für die städtische Verwaltung hat der Magistrat den Antrag gestellt, zur Förderung des Zweckes eine gemischte Commission nieder zu legen. Dr. Liévin bemerkt, daß sich wohl nur sehr Wenige in der Versammlung finden möchten, die mit der Wissenschaft der Statistik in dem Maße vertraut sind, um als Mitglieder der gemischten Commission durch ihre Arbeiten fördernd einzutreten. Es würde genügen, wenn ein Mitglied der Versammlung den Commissionstätigkeiten bewohne. Auf seinen Antrag wird demnach beschlossen, den Herrn Vorsitzenden, Rechtsanwalt Roepell, zu beauftragen, den Sitzungen der Commission beizuhören. Hierauf tritt Dr. Goldschmidt den Bericht der von ihm und Herrn Klose bewirkten Revision des Besoldungsplanes der Gasanstalt pro 1865 u. 66 vor. Ein Gesuch des Herrn Klempnermeisters Menk um eine Unterstützung zur Tilgung des Schadens, welcher ihm durch die auf Grund polizeilicher Anordnung erfolgte Förschaffung des Vorbaues des ihm früher gehörten Hauses in der Döpengasse Nr. 27 erwachsen, wird dem Magistrat zur Erwägung überwiezen und ebenso auf den Antrag des Hrn. Justizrats Breitenbach ein in der Trottoirangelegenheit eingegangene Gesuch von Hrn. C. R. Pfeiffer. Den Schlüß bildet, nachdem mehrere Bewilligungen zu Verpachtungen ausgesprochen worden, ein Gesuch von Bewohnern der Vorstadt Schiditz. Dieselben klagen über den Mangel einer Thurmuhre in ihrem Orte und bitten, daß der Bestand der bisherigen Nachwachtkasse in Schiditz, im Betrage von 100 Thlr., zur Anschaffung einer Uhr für sie verwendet werde. Der Magistrat ist geneigt, auf ihr Gesuch einzugehn und will ihnen eine im Gymnasium vorhandene, seit Jahren nicht im Gebrauch gewesene Uhr zur Auffüllung derselben im Giebel des Schulhauses zu Schiditz überlassen u. zu den durch die Reparatur u. Auffüllung erwachsenden Kosten noch die Summe von 65 Thlr. aus der Kämmererkasse zahlen. Er beantragt, daß die Stadt-Verordneten-Versammlung ihm hierzu die Genehmigung ertheilen möge, was denn auch geschieht.

† Der Bau-Inspector Herr Pohl wird auf sein Gesuch vom 1. October d. J. pensionirt werden und eine jährliche Pension von 750 Thlr. erhalten.

† Dem dritten ordentlichen Lehrer an der St. Johannis-Schule Herrn Dr. Bahl ist eine persönliche Gehaltszulage von 200 Thlr. für das Jahr bis zu dem Zeitpunkt bewilligt worden, wo er in das etatsmäßige Gehalt von 900 Thlr. eintritt.

† Die gestrige Johannisfeier der Friedrich-Wilhelm-Schützengilde war vom schönsten Wetter begünstigt und deshalb namentlich vom schönen Geschlecht außerordentlich zahlreich besucht. Von dem Vergnügungsvorsteher Herrn Sickenbrink waren Arrangements der verschiedensten Art getroffen, um die Jugend zu erheitern. Am Eingange des Gartens waren neue Gartenzieren und ein von Fischen und Amphibien belebtes Aquarium aufgestellt. Gegen Abend wurden sämmtliche Kinder zu einem Festzuge durch den Garten engagiert, welcher durch die originelle Zusammenstellung allgemeinen Beifall fand. Darauf waren improvisierte Reiter im Kostüm, ihnen folgte ein Magister der alten Schule mit seiner Jugend, demnächst das Musikcorps und Schnitterinnen, welche eine kleine Bachantin auf einem Faß Limonade reitend, trugen, berittene Bauern, Schnitterinnen und Schnitter mit Emblemen der Landwirthschaft in unabsehbarer Folge schlossen den Zug. Nachdem die Jugend sich auf der Wiese einem Schulexamen unterworfen, und zufriedenstellend geantwortet, wurden dieselben mit Limonade und Bonbons regalirt. Eine Quadrille und das Aufsteigen von Luftballons schlossen das Kinderfest, worauf Concert und Feuerwerk bei herrlicher Beleuchtung des Gartens durch Lampions abwechselten.

SS Bei der 300jährigen Jubelfeier des katholischen Gymnasiums zu Braunsberg, welche gestern begangen worden ist, vertrat das hiesige Gymnasium der katholische Religionslehrer, Pfarrer Dr. Nedner, welcher gleichzeitig eine in lateinischer Sprache abgesetzte Gratulation des Lehrer-Collegiums überreichte.

— Se. Majestät der König haben aus Anlaß der Feier des dreihundertjährigen Bestehens des katholischen Gymnasiums zu Braunsberg, Allergrädigst geruht, dem Direktor Professor Braun den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife und dem ältesten Mitgliede des Lehrer-Kollegiums Prof. Dr. Sage den Roten Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

— Beim Gymnasium in Stolp ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Heinze zum Oberlehrer genehmigt worden.

Marienwerder. In Folge höherer Anordnung sollen fernerhin die Staatszuschüsse, welche denjenigen Elementarlehrern bisher gezahlt worden, deren Schulgemeinden nicht im Stande waren, das Gehaltsminimum von 150 Thaler jährlich aufzu bringen, den Schulsocietäten auferlegt werden. Die Königl. Domainen-Rentämter sind bereits mit den dessfallsigen Einleitungen beauftragt worden.

Königsberg. Am 30. v. Mts. ist hier bei dem Ostpreußischen Tribunal in zweiter Instanz ein Prozeß entschieden worden, welchen vor einigen Jahren die Grafen Dönhoff der Friedrichsteinschen Linie wegen Herausgabe von 11 Lehngütern der ausgestorbenen Dönhoffstädtischen Linie derselben Familie gegen die weiblichen Gütererben angestrengt hatten, und der nicht nur wegen der Bedeutung des Objects (mindestens 1/2 Million Thaler an Werth), sondern auch wegen mancher juristischen Komplikationen ein sehr verbreitetes Interesse in der hiesigen Provinz erweckt hatte. — In dem nunmehr ergangenen Urteil ist zwar die bisherige Dönhoffsche Lehnsqualität sener Güter anerkannt worden, dagegen aber wegen der im Jahre 1858 vollendeten Verjährung des jetzigen Besitzstandes die Klage abgewiesen. — Man ist gespannt darauf, ob die Kläger gegen den leitgedachten Theil des Urteils die dritte Instanz beim Obertribunal beschreiten werden. (Ostpr. Z.)

Stettin. Das Obertribunal hat kürzlich ausdrücklich ausgesprochen, daß die Aneignung des in der Erde gefundenen, den Grundeigentümern gehörigen Bernstein in Pommern das Vergehen der Unterschlagung darstellt. Die Staatsanwaltschaft wollte darin Diebstahl gefunden wissen. Als Hauptgrund wird vom Obertribunal angeführt: das Graben des Bernsteins gehört in Pommern nicht zu den Regalien.

(Oder-Ztg.)

Es verlautet wieder im Publikum, man gebe mit der Idee um, die Fassade unseres ehrwürdigen Rathauses durch theilweise einzuhängende große Fensterscheiben zu alteriren. Gegen solche Enthaltung in architektonischer Hinsicht muß im Namen sowohl des guten Geschmackes als auch der Pietät nachdrücklich Protest eingelegt werden. Indessen können wohl die Patrioten und ebenso die Verlehrer des würdevollen Alterthumes ohne Sorge sein, weil

solche Neuerung zugleich ein Unrecht wäre, dessen wir die städtischen Beamten nicht fähig halten mögen. Wir erinnern daran, daß in Folge der Interpellation des Stadtverordneten Herrn Stattmiller damals an die Bewilligung der großen Geld-Summe zum Ausbau des Rathauses, auch namentlich die Bedingung geknüpft wurde, die Fenster des Rathauses in ihrer bisherigen Gestalt zu belassen. Nebenbei wäre auch die Kal. Regierung durch das Rescript dreier Ministerien vom 15. November 1854 gehalten, an diesem bedeutsamen öffentlichen Gebäude solche Beeinträchtigung zu verhindern, und der Verein für Erhaltung des Alterthums muß sich ebenso berechtigt wie gedrungen fühlen, dergleichen zu urtheilen. — Wohin man mit geschmack- und taktlosen Änderungen altehrwürdiger Gebäude kommt, davon bietet z. B. gegenwärtig das Münchener Rathaus ein warnendes Beispiel. Ein kunstverständiger Beurtheiler (Jul. Meyer in den "Grenzboten" 1865, S. 494) sagt darüber: "Was hat man durch eine Erneuerung aus dem Hause gemacht, in welchem die Väter der Stadt das Wohl ihrer Mitbürger berathen sollen! Alles zusammen bildet ein Rathaus, dem man seine Bestimmung nur insofern allenken kann, als es dem Beschauer zu ratzen aufgaibt, was der Rathaus dastehende Bau wohl soll. Gott Gnade den Münchnern, wenn sie in dem Hause ebenso berathen werden, als es selber mißrathen ist!" — Wir hoffen, daß das unfrige durch guten, wohlgemeinten Rath vor solchem Schicksal bewahrt bleiben werde.

[Eingesandt.]

An die Redaction des "Danziger Dampfboots."

Dem "Eingesandt" in Ihrer No. 153 fügen Sie die Bemerkung hinzu, daß Sie "mit aller Entscheidlichkeit" den Vorwurf des Irrthums in Ihrem Referat, No. 149, zurückweisen müssen, daß in dem Referat "keine Sylbe" davon steht, wie es sich um die Einwilligung zur Bezahlung der 5 Thlr. handele. Es ist anzunehmen, daß Sie von leichter Behauptung und ersterer "Entscheidlichkeit" zurückkommen, wenn Sie nicht blos den in No. 153 angeführten Passus aus Ihrer No. 149, sondern den bald darauf folgenden ebenfalls lesen:

"Trotzdem findet seine (des Vorstandes) Handlungswise nicht die einmütige Zustimmung der Versammlung, weil er es unterläßt, für das Geschenk die Einwilligung des Magistrats und der Stadt-Verordneten-Versammlung einzuholen. Gegen diese Versammlung spricht besonders Herr Damme mit sehr scharfen Worten."

Stadtverordneter Damme hatte überhaupt nicht gegen oder über diese Versammlung gesprochen, also auch nicht mit scharfen oder gar sehr scharfen Worten. R. D.

Gerichtszeitung.

Schwurgerichts-Sitzung am 5. Juli.

Präsident: Herr Stadt- und Kreisgerichts-Direktor Uller; Staatsanwaltshaft: vertreten durch Herrn Professor Lauer; Verteidiger: Herr Justiz-Rath Befhorn und Herr Rechts-Anwalt Lipke.

Auf der Anklagebank wegen schweren Diebstahls resp. Theilnahme an denselben:

- 1) der Knecht Jul. Herm. Sauer aus Rekau bei Lauenburg, 24 Jahre alt, vielfach bestraft;
- 2) der Knecht Carl Lehmann aus Schweslin bei Lauenburg, 25 J. alt, noch nicht bestraft.

Der Gasthofbesitzer Lange zu Zuggewiese bei Lauenburg bemerkte in der Nacht vom 29.—30. Novbr. 1864 beim Erwachen aus dem Schlafe, daß ein Fensterflügel in der Parterrestube seines Hauses, in welcher er mit seinen Kindern schlief, offen stand. Dieser Umstand führte ihn zu der Vermuthung, daß er vielleicht von Dieben heimgesucht sein möchte. Als er in Folge dessen die Gegenstände in seiner Stube in Augenschein nahm, fand er, daß ihm seine silberne Cylinder-Uhr im Werthe von 28 Thlr., ferner eine seinem Sohne gehörende neu-silberne Uhr und außerdem noch ein Beutel mit 5 Thlr. Geld, so wie ein Portemonnaie mit 10 Sgr. und die Bekleidung seines Sohnes fehlten. Als er sich hierauf vor die Thüre begeben, um den Dieben auf die Spur zu kommen, fand er unter seinem Fenster ein auf den Namen des Knechtes Carl Lehmann aus Schweslin lautendes Dienstbuch. Es wurde deßhalb nach dem Knecht Carl Lehmann recherchiert und derselbe auch bereits am folgenden Tage in dem Dörfe Lanz bei Lauenburg ermittelt. Lehmann gestand, nachdem er sich anfänglich auf's Lügen gelegt, bald ein, daß er am Vormittage des vorigen Tages mit dem Knecht Julius Hermann Sauer im Gasthof des Lange gewesen, die Uhren hängen gesehen, den mangelhaften Verschluß des Fensterflügels bemerkte und den Entschluß gefaßt hätte, den Diebstahl zu begehen. Sie hätten denselben auch ausgeführt, indem Sauer die nächste Nacht durch das Fenster in die Stube gestiegen sei, während er, Lehmann, vor der Thür Wache gehalten. — Vor Gericht widerrief er zwar sein abgelegtes Geständnis, aber er wurde in der gestern gegen ihn statthaft gewordenen Schwurgerichts-Verhandlung der Theilnahme an dem schweren Diebstahl, welchen Sauer mittels Einsteigens verübt zu haben eingestand, für schuldig befunden. Sauer, ein schon vielfach bestraftes gefährliches Subjekt, der im Monat Juli v. J. aus dem hiesigen Criminal-Gefängnis entsprungen ist und darauf seine Freiheit sogleich zu allerhand Diebereien benutzt hat, wurde zu einer Zuchtausstrafe von 7 Jahren, wie Stellung unter Polizei-Aufsicht auf gleiche Dauer und Lehmann zu einer Zuchtausstrafe von 3 Jahren, wie Stellung unter Polizei-Aufsicht auf gleiche Dauer verurtheilt.

Meteorologische Beobachtungen.

5	4	337,35	+14,5	ND. mäßig klar u. schön.
6	8	337,52	15,1	Wenig fast still, leicht bewölkt.
12		337,52	19,5	Wellig stau, leicht bewölkt.

